

Antrag

der Abgeordneten Joana Cotar, Uwe Schulz, Dr. Michael Ependiller, Petr Bystron, Dietmar Friedhoff, Mariana Iris Harder-Kühnel, Jörn König, Tobias Matthias Peterka, Dr. Dirk Spaniel und der Fraktion der AfD

Jährlicher Bericht der Bundesregierung über digitalpolitisch relevante Haushaltsposten

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Ihre Ankündigung „Digitalisierung wird Chefsache“ (www.bundesregierung.de/breg-de/aktuelles/digitalisierung-wird-chefsache-1140420) konnte die Bundesregierung bislang nicht im Ansatz erfüllen.

Die zögerliche Entwicklung der Corona-App (www.aerzteblatt.de/nachrichten/113127/Kritik-an-verspaeteter-Corona-Warn-App-wird-schaerfer), die unzureichende Umsetzung des DigitalPakt Schule (<https://web.de/magazine/politik/politische-talkshows/hart-fair-digitalisierung-schulen-verschlafen-34733516>), eine digitale Vermittlung von Kulturgütern, die den „Anschluss an internationale Entwicklungen zu verlieren droht“ (www.wissenschaftsrat.de/SharedDocs/Pressemitteilungen/DE/PM_2020/pm_1820.html) sowie der nach wie vor völlig unzureichende Breitband-Ausbau (www.faz.net/aktuell/wirtschaft/digitec/breitbandausbau-unzureichender-zugang-zu-schnellem-internet-16338910.html) haben zuletzt in der Corona-Krise die durchsetzungsschwache Digitalpolitik der Bundesregierung offenbart.

Hinzu kommen beispielsweise die nach wie vor offene Entscheidung hinsichtlich einer Beteiligung von Huawei am 5G-Netz, das seit langer Zeit überfällige IT-Sicherheitsgesetz 2.0 oder das drohende Scheitern der rechtzeitigen Umsetzung von eGovernment im Rahmen des Onlinezugangsgesetzes (www.bundesrechnungshof.de/de/veroeffentlichungen/produkte/pruefungsmitteilungen/2020/2020-pm-digitalisierungsprogramm-portalverbund-teil-1-digitalisierungsprogramm-und-umsetzung-des-onlinezugangsgesetzes).

Aus digitalpolitischem Grundinteresse wurde bereits von Abgeordneten verschiedener Fraktionen die haushalterische Grundausstattung der Digitalen Agenden in der Bundesrepublik Deutschland abgefragt. Die Bundesregierung konnte bislang, obwohl federführend der Kanzleramtsminister und eine eigene Staatsministerin für Digitales zuständig sind, keine konkreten digitalen Haushaltsaussagen treffen. Das mag an der grundsätzlichen Zersplitterung der digitalpolitischen Agenden auf 14 Bundesministerien beruhen, ist allerdings inakzeptabel. Die Forderung der Fraktion der AfD, ein eigenständiges Digitalministerium zu implementieren, sind der Bundesregierung bekannt, wurde allerdings bisher nicht umgesetzt.

Die Sitzung des Ausschusses Digitale Agenda vom 13.11.2019 brachte, obwohl unter dem Tagesordnungspunkt 3 „Bericht der Staatsministerin für Digitalisierung im Bundeskanzleramt, Dorothee Bär, zum Bundeshaushalt aus digitalpolitischer Sicht“ eine diesbezügliche digitalpolitische Haushaltsdebatte stattfinden sollte, kein zufriedenstellendes Ergebnis (www.bundestag.de/resource/blob/667422/62e6fee6b0616782a2d738ae993c4fff/19WP-43-data.pdf). Es wurden weiterhin keine konkreten Zahlen der verschiedenen Ressorts mitgeteilt. Die geladenen Vertreter der Bundesregierung (Staatsministerin Dorothee Bär und weitere Vertreter aus sechs verschiedenen Bundesministerien) blieben durchweg einen digitalpolitischen Haushaltsüberblick schuldig.

Auch in ihrer Antwort auf Drucksache 19/17277 hat die Bundesregierung die Erwartungen der oppositionellen Digitalpolitiker erneut nicht erfüllt. Die Bundesregierung blieb hier abermals umfängliche Zahlen sowie konkrete Aussagen und Aufschlüsselungen schuldig. Am augenscheinlichsten ist dies bei den digitalpolitischen Haushaltsposten des Bundesverteidigungsministeriums, die bei der Auflistung der Anfragebeantwortung in Gänze fehlen.

Eine konkrete Aussage über relevante digitalpolitische Haushaltstitel und die damit verfolgten Ziele der Bundesregierung sind im parlamentarischen Arbeitsablauf unerlässlich, um nachprüfbar festzuhalten, welche konkreten digitalpolitischen Agenden die Bundesregierung wann und mit welcher Priorität verfolgt. Ein aussagekräftiger digitalpolitischer Überblick ist ferner auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland zweckdienlich.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

dem Deutschen Bundestag im Zuge der Verhandlungen zum Bundeshaushalt jährlich einen konkreten Bericht über die digitalpolitisch relevanten Haushaltsposten der mit der digitalen Agenda der Bundesregierung betrauten Bundesministerien zu übermitteln, um einen aktuellen und aussagekräftigen Überblick über den digitalpolitischen Haushalt und den damit einhergehenden Programmen und Strategien der Bundesregierung zu ermöglichen. Dieser Bericht wird mit der Einrichtung eines Digitalministeriums überflüssig.

Der erste diesbezügliche Bericht der Bundesregierung über digitalpolitisch relevante Haushaltsposten soll im Zuge der Haushaltsverhandlungen 2021 dem Bundestag übergeben werden.

Berlin, den 11. August 2020

Dr. Alice Weidel, Dr. Alexander Gauland und Fraktion

Begründung

Aus den Erläuterungen der Bundesregierung (Drucksache 19/17277) geht hervor, dass Einnahmen und Ausgaben in Bezug auf die Digitalisierung haushaltsrechtlich nicht nach den üblichen Strukturmerkmalen erfasst werden können. Auch sei, laut Bundesregierung, eine solche Abgrenzung aufgrund der hohen Komplexität des Begriffes schwer festzulegen. Gleichwohl sieht die Bundesregierung durchaus Bedarf an einer Erhebung digitalpolitisch relevanter Haushaltsposten. Um den Plänen der Bundesregierung, einmal im Jahr mittels einer entsprechenden Ressortabfrage einen Überblick über digitalpolitisch relevante Haushaltsposten Nachdruck zu verleihen, sieht sich die Fraktion der AfD in der Pflicht, dies jährlich zu den Haushaltverhandlungen einzufordern.